

Haushaltsrede 2013 DIE LINKE

Utz Kowalewski – es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Kämmerer, sehr geehrte Damen und Herren !

Ja, es ist gut, dass der Dortmunder Rat heute einen Haushalt verabschieden wird und den Bürgerinnen und Bürgern eine haushaltslose Zeit erspart bleibt.

Nein, es ist schlecht, dass es dieser Haushalt sein wird.

Dieser Haushalt ist zwar kein Schwarz-Roter Haushalt mehr – sondern wieder einmal ein Rot-Grüner Haushalt. Aber was verändert sich durch den Wechsel von der CDU zu den Grünen für die Bürger? Leider so gut wie nichts !

Herr Stüdemann hat es zu recht immer wieder betont – im Grunde wird mit diesem Haushalt nur fortgeschrieben, was in den letzten Jahren bereits von CDU und SPD verabschiedet wurde. Damals gegen die wütende Rhetorik von Mario Krüger. Heute mit den Stimmen der Grünen Fraktion unter Ingrid Reuter.

Statt Schwarz-Roten Kürzungen folgen nun Rot-Grüne Kürzungen: pauschale Kürzungen beim städtischen Personal und nun auch noch bei den Sachmitteln, Kürzungen in den Stadtbezirken und damit auch Kürzungen bei der kommunalen Demokratie und Kürzungen in der Infrastruktur.

Und alles immer schön nach dem Rasenmäherprinzip: Den Antrag unserer Fraktion den Ratsbeschluss aufzuheben jährlich 2% beim Personalbudget zu streichen, haben sie im Finanzausschuss ausdrücklich abgelehnt und stattdessen ein paar unkonkrete Sprechblasen verabschiedet. Auch die Verwaltungsvorlage diesen nicht umsetzbaren Beschluss wenigstens auf 1,5% oder 1% abzuschwächen, hat kein Gehör gefunden. Meine Damen und Herren – wir sind der Überzeugung, dass „der Rasenmäher ein Instrument für die Gartenpflege ist, aber nicht für die Finanzpolitik“ (Bundesfinanzminister Schäuble, 11. November in der Welt am Sonntag).

Wir haben von Beginn an gesagt, dass wir weitere Kürzungen beim Personal nicht für verantwortbar halten. Das Personal der Stadtverwaltung geht am Stock – die Krankenstände sind in Rekordhöhe, die Arbeitsverdichtung gewaltig. Und es werden inzwischen massive Fehler gemacht, die auch zumindest teilweise auf die Personalknappheit zurückgehen. Jüngstes Beispiel ist die Situation im Jugendamt – es gab frühzeitig Überlastungsanzeigen der Finanzverantwortlichen im Jugendamt, wie der Personalrat in seinem Geschäftsbericht darlegt. Reagiert wurde darauf nicht. Man hatte ja eine 2%-Kürzungsvorgabe des Rates zu erfüllen.

Ich bin mir inzwischen sehr sicher, dass die Kosten, die durch solche Fehler - und im Übrigen auch durch die vielen Fremdvergaben - aufgrund von Personalmangel entstehen, die Kürzungsbeträge im Personalbudget deutlich übersteigen. Wenn dann noch Resignation bei den Beschäftigten - einschließlich einiger Führungskräfte - dazu kommt, oder sogar begonnen wird auf Kosten der Dienstherren Schabernack zu treiben, weil die Frustration übergroß wird, dann wird es wirklich gefährlich und unkontrollierbar.

Letztlich ist auch die Fortführung falscher Weichenstellungen im sozialen Bereich zu erwarten. Das zeigt der Versuch der Grünen erneut die Grundsteuer B erhöhen zu wollen und damit die Mieten in Dortmund in die Höhe zu treiben. Die Grundsteuer B ist sozial blind - die Grünen in dieser Beziehung offenbar auch. Es ist gut, dass dieser Antrag in den Haushaltsberatungen nicht mehrheitsfähig war.

Das zeigt aber auch der leider angenommene Antrag der Grünen die Sportanlagen und Schwimmbäder in Dortmund künftig einem verschärften finanziellen Risikomanagement unterwerfen zu wollen – in einem Atemzug mit den Leuchtturmprojekten der Stadt. Auch an dieser Stelle sind nicht nur die Grünen sozial leider blind. Die Ablehnung unseres Antrages - auch durch die Grünen - den viel zu hohen Preis des VRR-Sozialtickets zu senken, zeigt, dass zwischen sozialer grüner Rhetorik in Sozialticketbündnissen und der Politik im Rat ein himmelweiter Unterschied besteht.

Nicht zuletzt zeigte das Ansinnen der SPD-Fraktion die Zahl der Ein-Euro-Jobs in Dortmund ausweiten zu wollen und ansonsten das Arbeitsmarktprogramm des Oberbürgermeisters weitgehend abzulehnen, das immer noch positive Verhältnis der Dortmunder SPD zur Agenda 2010. Wir als LINKE bleiben dabei: Ein-Euro-Jobs sind eine Bestrafung der Betroffenen und führen in der Wirkung auch im ersten Arbeitsmarkt zu Lohndrückerei. Das haben wir in den vergangenen Jahren alles zur Genüge erleben müssen !

Im Finanzausschuss war die Rede von einem Signal an die Bürger, dass man sich um das Thema Erwerbslosigkeit kümmern wolle. Aber was ist das für ein Signal, wenn SPD und Grüne das Arbeitsmarktprogramm der Verwaltung von 3,4 Mio. Euro um mehr als die Hälfte des geplanten Volumens auf nur noch 1,5 Mio. Euro zusammen streicht? - Das ist das Signal, dass SPD und Grüne die Erwerbslosigkeit in Dortmund nur halbherzig bekämpfen wollen.

Meine Damen und Herren, die Positionen sind im Grundsätzlichen zwischen den drei Dortmunder Regierungsparteien austauschbar und ein Wechsel der Köpfe bedeutet noch lange keinen Wechsel der Politik. Daher tut sich die SPD auch

relativ leicht, die CDU durch die Grünen zu ersetzen. Sie muss ihre Politik im Grundsatz nicht verändern.

Und deshalb lassen Sie DIE LINKE auch links liegen. Denn eines steht fest – mit den LINKEN ständen die Inhalte der Politik auf dem Prüfstand. Und eines fürchtet man bei der SPD besonders: Echte Veränderungen! Lieber eine gescheiterte Politik bis zum Sankt Nimmerleinstag fortsetzen, als einzugestehen, dass seit Beginn der Ära Langemeyer diese Stadt systematisch abgewirtschaftet wurde.

Daran war auch Rot-Grün massiv beteiligt und Schwarz-Rot hat diesen Prozess in den letzten 3 Jahren noch einmal beschleunigt. Ich erinnere noch einmal daran: Der Doppelhaushalt 2008/2009 war ein Rot-Grüner Haushalt. Das riesige Haushaltsloch 2009 war ein Rot-Grünes Haushaltsloch. Der U-Turm war ein gemeinsames Projekt von SPD, Grünen und CDU und zeigt - wie das babylonische Gegenstück - den Größenwahn mit dem hier teilweise agiert wird. Dortmund soll Weltstadt sein. Ergebnis: Ein gescheitertes Ufo über dem Hauptbahnhof, ein defizitäres Konzerthaus zusätzlich zum Theater, und ein nicht weniger defizitärer „internationaler Flughafen“. Und demnächst noch ein Museum für Jogis Blauen Pulli mit dem Betriebskostenrisiko einseitig zu Lasten der Stadt.

Meine Damen und Herren, mit Kürzungen kann man nach unserer Auffassung keinen öffentlichen Haushalt sanieren und ein Gemeinwesen erst recht nicht. Damit kauft man sich im Besten Fall ein bisschen Zeit, bis das Unvermeidliche eintritt. Oberbürgermeister Sierau hat bei der Einbringung des Haushaltes zu recht von einer Vergeblichkeitsfalle gesprochen in der sich Dortmund befindet. Die Pflichtleistungen sind so groß und Dortmund so stark unterfinanziert, dass wir hier den großen Ausverkauf starten könnten, ohne dass uns das weiter bringt. Wir schaden der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern durch eine solche Politik aber.

Dazu zitiere ich den Verdi-Kommunalfinanzbericht 2012: *“Mit der Studie konnte nachgewiesen werden, dass für die dramatisch schlechte Finanzsituation vieler Kommunen nicht die Ausgabenseite die Ursache ist. Vielmehr haben großzügige Steuerentlastungsprogramme für reiche Haushalte, Vermögende und Unternehmen seit dem Jahr 2000 den Gebietskörperschaften dauerhaft drastische Einnahmeverluste beschert.“*

Dazu passt hervorragend, dass der Rat auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion es abgelehnt hat, der Kampagne „Vermögenssteuer Jetzt!“ beizutreten. Sie wollen die Reichen in diesem Land gar nicht zur Kasse bitten !

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle auch nicht vorenthalten, was die von unserer

Landes- und Bundespartei geforderte Millionärssteuer für Dortmund im Haushaltsjahr 2012 bedeutet hätte: Bei einem kommunalen Anteil von 23% wären in Dortmund aufgrund des Gemeindefinanzierungsgesetzes satte 199 Mio. Euro zusätzliche Schlüsselzuweisungen aufgeschlagen. Dortmund wäre damit einer der Hauptnutznießer einer solchen Vermögenssteuer in NRW gewesen.

Meine Damen und Herren, wir stehen für einen anderen Weg, als die Folgen der Bundes- und Landespolitik den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt mit der Kürzung von Leistungen einfach vor die Füße zu werfen. Wir möchten die Einnahmehasis der Stadt deutlich verbessern. Dazu haben wir im Umfang von rund 20 Mio. Euro vorgeschlagen vom kommunalen Steuerfindungsrecht Gebrauch zu machen und den Hebesatz der Gewerbesteuer auf 485% anzuheben. Immerhin – die Gewerbesteuer wird tatsächlich erhöht und unser Vorschlag hat sich als Kompromisslinie zwischen SPD und Grünen herausgestellt. Das ist gut, das freut uns, aber das reicht nicht aus.

Die soziale Situation in dieser Stadt ist so dramatisch, dass sich Austeritätspolitik aus unserer Sicht verbietet. Der Kämmerer sprach bei der Einbringung des Haushaltes davon, dass die soziale Balance verloren gehen könnte, wenn man den Weg einer Haushaltskonsolidierung über verschärfte Kürzungen ginge.

Meine Damen und Herren, die soziale Balance der Stadt ist längst aus dem Ruder gelaufen. Bereits 2009 titelte die WR: „Dortmund ist die Armutshochburg in NRW“. Und inzwischen können wir hinzufügen: „Dortmund wird zur Armutshochburg der Bundesrepublik“.

Die Studien des paritätischen Wohlfahrtsverbandes im letzten Jahr und der Hans-Böckler-Stiftung in diesem Jahr sind eindeutig. Ein Viertel aller Dortmunderinnen und Dortmunder sind 2012 von Armut bedroht. 2009 war es nur jeder siebte Dortmunder. Bundesweit ist nur noch Leipzig schlechter. Aber Dortmund hat die bundesweit größten Zuwachsraten in Sachen Armut und wird in den nächsten ein bis zwei Jahren den stolzen Titel der Stadt mit der ärmsten Bevölkerung in Deutschland von Leipzig übernehmen können.

Die Erwerbslosigkeit ist dafür ein zentrales Problem. Wenn sie den Geschäftsbericht der Bundesanstalt für Arbeit aus dem November 2012 nachlesen, können sie auf Seite 67 finden, dass 873.000 Erwerbslose nicht in der offiziellen Statistik mitgezählt werden, zum Beispiel weil sie älter als 58 Jahre sind oder zu einem dieser würdelosen 1-Euro-Jobs gezwungen wurden. Rechnen Sie diese Erwerbslosen der offiziellen Statistik hinzu und brechen diese Zahlen auf Dortmund herunter, ergibt sich für Dortmund eine strukturelle Erwerbslosigkeit von über 17%. Man kann also von einer propagandistischen

Arbeitslosenquote sprechen – die liegt derzeit bei knapp 13% - und einer realen Erwerbslosigkeit. Man darf sich als Staat durch die staatliche Propaganda aber nicht den Blick auf die Wirklichkeit verstellen lassen, sonst beginnt man die Situation falsch einzuschätzen.

Deshalb bin ich froh, dass nicht nur DIE LINKE, sondern auch der Kämmerer und der Oberbürgermeister inzwischen offen zugeben, dass wir einen neuen Kurs in der Beschäftigungspolitik brauchen. Das wir wieder mehr öffentliche Beschäftigung brauchen. Das wir weg müssen von prekarierten Arbeitsverhältnissen und wieder hin zu dem gelangen müssen, was die Gewerkschaften unter „Guter Arbeit“ verstehen, die mit gutem Geld honoriert wird. Der Vorschlag zu einem sozialen Arbeitsmarkt ist ein erstes kleines Pflänzchen in die richtige Richtung. Leider hat die rot-grüne Ratsmehrheit nur die Gegenfinanzierung bewilligt, aber nicht das Projekt.

Zum Ende meiner Rede möchte ich noch einen kurzen Blick nach vorne werfen. Die Banken- und Eurokrise ist noch lange nicht vorbei. Bisher wurde auch nichts Nennenswertes unternommen, um die Ursachen dafür zu beseitigen. Auch hier hat man mit hohen Milliardenbeträgen lediglich ein bisschen Zeit gekauft. Und auch Dortmund wird weiter im Sog dieser Krise bleiben, die sich auch hierzulande erst noch richtig manifestieren wird. Machen Sie sich bitte Gedanken wie Sie damit umgehen wollen. Klammern Sie sich nicht an vage Hoffnungen auf konjunkturelle Höhenflüge und erhöhte Zuweisungen des Bundes. Diese werden von Steinbrück und co. genauso wenig kommen, wie seinerzeit das Versprechen gehalten wurde die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen. Was kommen wird ist eine Agenda 2020, denn die Bundes-SPD hat ihre feindliche Übernahme durch die Finanzindustrie in der Schröder-Ära ja längst vollzogen. Und die will Rendite – und Steinbrück wird ebenso liefern, wie derzeit Angela Merkel.

Doch wenn es dann so kommt, wird es vielleicht auch bei Wahlen Veränderungen geben – das lehren zumindest die Erfahrungen in Griechenland. Denn wer eine Zitrone so lange ausquetscht bis er durch die Schale bricht, der schneidet sich letztlich ins eigene Fleisch.

Danke für die Aufmerksamkeit